

Das Abonnement beträgt: 12 1/2 Thlr. für 1 Jahr in Berlin, 15 Thlr. für 1 Jahr in den Provinzen. Einmalige Beiträge werden nicht angenommen. Die Beiträge werden vierteljährlich in Vorauszahlung erhoben.

Neue Preussische Zeitung.

Nr. 13.

Berlin, Mittwoch, den 16 Januar.

1850.

Amtliche Nachrichten.

Finanz-Ministerium.
In Gemäßheit der öffentlichen Bekanntmachung vom 30. Juli 1832, hat von der Erbschafts- und Vermögensverwaltung des Königs- und Landes-Adels, nach dem Tode des Königs Friedrich Wilhelm III., am 15. October 1846 folgende Vertheilung erfolgt, am 15. Januar 1847 folgend: gewöhnliche Prämien zu 85 Thlr.
Nr. 2,313 39,073 77,191 102,751 102,790 155,371 166,514 209,633
97 44,234 88,611 52 91 155,949 25 34
12,893 44,804 17 53 92 55 86 35
16,740 45,552 41 54 93 157,601 214,930
17,561 43 90 55 94 50 91 215,744
17,800 91 90,701 56 95 158,842 168,123 76
19,887 46,380 3 57 96 47 93 216,724
21,104 49,398 29 58 97 56 169,743 216,987
6 51,325 49 59 112,203 87 44 83
9 90 91,784 60 114,330 161,071 45 220,255
66 54,906 95,927 61 50 74 46 56
67 12 29 62 70 75 47 234,084
68 24 30 63 71 76 48 85
69 56,021 99,411 64 124,700 164,032 49 86
70 58 65 65 72 43 6 87
71 30 57 66 61 34 12 88
72 44 58 67 92 35 185,703 89
73 77 78 68 130,333 36 190,321 90
74 85 79 69 34 37 22 91
75 86 80 70 131,010 38 92 92
76 87 100,561 71 34 39 190,402 93
77 88 62 72 85 40 4 94
78 97 63 73 134,809 41 49 235,141
79 58,682 64 74 22 42 50 68
80 65 65 75 23 43 49 74
22,932 64 66 76 137,201 44 197,227 240,156
79 66 67 77 25 45 28 243,831
91 68 68 78 146,550 46 29 57
27,214 67 69 79 152,094 47 30 91
74 68 70 80 152,008 48 82 246,610
32,013 69 75 81 21 49 203,667 78
29 74 81 82 153,494 50 206,090 87
43 59,271 83 155,307 164,632 207,702 248,447
47 63,604 102,703 84 71 88 209,604
37,325 67,641 11 85 72 165,411
45 54 16 86 73 43 6 87
57 68,082 18 87 74 75 7 91
58 69,204 42 88 75 99 31
59 74,137 43 89 76 166,347 32

138,070	150,205	164,772	183,178	209,198	217,093	227,131	238,391
98	48	73	85	210,003	218,407	56	92
138,100	50	80	93	7	28	93	240,729
141,863	151,012	83	98	90	37	228,621	61
65	13	58	183,224	91	38	41	87
72	47	88	53	92	39	43	242,658
90	153,617	99	186,125	212,429	81	46	60
142,759	28	164,800	53	89	97	228,804	71
99	98	172,611	54	93	219,501	41	242,931
143,426	97	40	55	94	223,806	41	
52	154,306	93	187,201	95	3	8	48
55	26	178,048	2	212,500	4	9	49
67	27	49	64	213,432	5	83	52
77	28	64	78	37	623,233	91	
78	29	96	101,512	43	7	34	92
146,252	30	181,701	15	215,948	8	62	93
53	31	51	23	87	9	68	249,224
54	32	52	72	91	10	88	43
55	160,816	53	87	216,403	20	324,821	75
56	23	62	195,603	7	72	39	99
57	36	63	9	13	84	92	250,211
58	51	64	10	16	21,362	239,331	14
59	73	67	37	17	224,610	50	33
60	80	68	46	32	20	51	34
61	87	70	48	97	37	55	
150,201	88	98	77	98	87	56	
2	164,768	97	208,122	217,019	227,114	66	
3	70	98	52	38	24	89	
4	71	99	58	44	45	90	

bei unserer Haupt-Kasse bis heute noch nicht erhalten worden sind.
Der Inhaber der bezeichneten Prämien-Scheine werden daher, unter Verweisung auf den weiteren Inhalt des §. 6 der gedachten Bekanntmachung vom 30. Juli 1832, daran erinnert, daß die im Laufe von vier Jahren, vom Tage ihrer Zahlung an gerechnet, nicht aufgegebenen Prämien verwirkt sind, und der Abnehmer die Prämien gemäß §. 6, in milden Zwecken verwenden werden.
Berlin, den 15. Januar 1850.
General-Director der Erbschafts-Verwaltung.
(99.) H. v. Mangel.

Angelommen: St. Durchlaucht der Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey, von St. Reichs-Rath.
St. Durchlaucht der Graf Friedrich von Schöenburg, Graf von Dreyen.
Der Ober-Präsident der Rhein-Province, v. Schumann, von Koblenz.
Abgeordneter: Der General-Major und Inspecteur der 4ten Artillerie-Inspection, v. Biele, nach Koblenz.

Freiheit! Freiheit!
Das ist die Lösung des Tages, das Geschick des Volkes, so Gewissen und Freiheit zumal soll jeder unbeschränkt haben, so verlangt es, sagt man, das Zeitbewußtsein! Und doch, in Wahrheit jeder? Ob nein, denn dem Könige wollen es die Staatsformirer von jetzt nicht zugestehen, daß sie sein Gewissen zu beugen, will er konstitutionell Monarch sein, dann muß eben das, was die peinliche Prediktion, jeden verfassungsmäßig schuldigen Staatsbürger mit der eignen Privatüberzeugung in Uebereinstimmung haben zu wollen, abgethan sein. So steht es geschrieben in dem Ur-Vertrage moderner Staatsverträge, daß zu Köln gedruckt wird. Aber ist denn konstitutionell nur das, was in der Staatsmaschine hineinpaßt, die man im Jahre 1830 zu konstruiren mit so glänzendem Erfolge vermag? Ist konstitutionell nur das, was trotz der lehrreichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Partei erhebt, welche in der schaukelhaften Position zwischen Ja und Nein einen festen Standpunkt zu haben wünscht? Stehen wir denn nicht jetzt eben, und gerade nach der Meinung unserer Gegner, auf dem Punkte, wo unser konstitutionelles Staatsrecht definitiv soll festgestellt werden? Wenn in dem Moment, da dem Könige nicht einmal freigesprochen, der Stimme seines Gewissens zu folgen, wagt er, er wäre der Armee seines Landes und der Unfreiheit zugleich. Aber das ist der Geist, von dem so Viele erfüllt sind, die nach Freiheit und wieder nach Freiheit schreien: die schändlichste Anarchie möchten sie jedem auslösen, der nicht ihre Wege beschreiten will.
Wann wird das Geschick unserer Tage einsehen, daß die

Feuilleton.

Am die Vorkämpfer für das Recht der Christen.

Wir wollen zu recht den Vorzug in aller Treue haben.
Gedachte Herren, die Sie auf den Schlachtfeldern des Geistes das Banner von Vorträgen, zu dem auch ich, als ein geringer Krieger, mich habe, nämlich das Banner des Glaubens an die offenbarte Wahrheit Gottes, gestatten Sie mir, Ihnen für mich und als Sprecher für meine eigenen Gedanken vorzutreten. Wir Gemeinen beobachten den Kampf und die Art, wie die Führer Angriff oder Verteidigung leiten, mit gespannter Aufmerksamkeit und was wir gerade sehen, das beurteilen wir dann und unser Weis nach dem Maßstab unserer Kenntnis und Lebenserfahrung. Nun sehen wir, wie der Feind mit einem Eifer, der uns längst verdächtig gewesen ist, Sie in eine Position zu locken versucht, in welche Sie ihm auch, wie es scheint, ganz arglos fallen, von welcher aus aber bedenklich wird, daß solche Ihnen und, deren Sache Sie führen, verberlich werden muß. Diese Position, von der ich rede, ist: Der Staat.
Die Feinde, gegen die wir im Kampfe stehen, wenn es ihnen darauf ankommt hinsichtlich der Eide, der Kindererziehung, oder in sonstigen fundamentalen Dingen irgend eine Gesetzgebung durchzusetzen, so behaupten sie, der „Staat“ wolle es so, der Staat müsse oder könne keine Religion haben, weder die christliche noch sonst eine, er sei von der Kirche getrennt, stehe über den Parteien u. s. w. Sie geben auf den „Staat“ ein und streiten dafür, „er“ müsse dennoch Religion haben und zwar die allein wahre, er müsse „der christliche Staat“ sein, von der Kirche dürfe er sich nicht trennen, denn „Staat“ und Kirche lebten gewissermaßen in einer Eide, der „Staat“ sei der Mann, die Kirche die Frau u. dergl. Die Feinde behaupten, der Staat sei „ein Reichthum“, also dürfe die Kirche, oder das Christenthum, oder die Religion nicht bevorzugt sein; er, der Staat, ferne nur „Reichthum“ u. s. w. Sie geben auf den „Reichthum“ ein und streiten dafür, daß der Staat freilich ein Reichthum sein müsse, aber eben um desswillen müsse er seinerseits die Grundzüge des Christenthums als maßgebend anerkennen u. s. w. — Mit einem Worte, in der Position: Der Staat ist, oder der Staat ist nicht so oder so, der Staat muß, oder der Staat muß nicht dies oder jenes thun, anerkennen u. s. w., begeben Sie sich fast jedesmal hinein, wenn es darauf ankommt, eine Gesetzgebung zu erlassen.

rechte Freiheit nur da wohnt, wo das Gesetz Gottes anerkannt wird, und wann wird man aufhören, auf wahren Wegen und beim Irthumschimmer nach Gütern zu suchen, statt dem Stern zu folgen, der die ruhlosen Kinder hinweisen möchte nach dem Hause des Vaters?

Deutschland.

Kammerbericht.

Kortierung des Berichtes über die 83. Sitzung vom 14ten d. Mts.
Alina 2. des Ministerial-Komitees trägt darauf an, auch die politischen Tagesordnungen an den Reichstagen und nicht an Fortsetzung zu verpacken.
Der Finanzminister erklärt sich gegen beide Amendements und meint in Bezug auf den Reichstagen, daß er es für gerathend halte, wenn die Verwaltung der Kommission, welche er als Vertrauensmann aus der Kammer befehligt, völlig Aufschluß gebe. Eine weitere Fortsetzung hält er für unangemessen.
Der Abg. Hartwig untertrifft das Amendement, was der Antragsteller noch weiter zu motiviren sucht. Abg. Hartwig spricht dagegen, so wie auch die Abg. Roden und Dürer und schließlich der Minister von Kabe, daß nach darüber auszusprechen, worauf der Ministerial-Komitee auf 1. so wie später auch der 2. verweisen werden. Dahingegen wird der Reichstagen-Antrag mit 161 gegen 128 Stimmen angenommen.
Der Berichterstatter Gumbert führt mit Verweisung des Berichtes der Central-Budget-Kommission über die Einnahmen der Domänen-Verwaltung fort, wozu er nicht einverstanden wird und die Kammer den Antrag, die Kammer solle, daß sie genehmigt nicht für rathsam hält, ohne die weitere und dringende Verhandlung mit der Verwaltung größerer Domänen-Verwaltung vorzugehen, annimmt.
Die laufenden Einnahmen aus der Domänen-Verwaltung sind danach pro 1849 auf 3,974,277 Thlr., pro 1850 auf 3,925,745 Thlr. festgesetzt. Die Kommission hält es für nachtheilig: 1) daß die einzelnen Verordnungen mit der Budgetperiode über den Zeitraum von 30 Jahren hinausgegangen ist; 2) daß die Verordnungen nicht, so wie früher, einzeln zur Verhandlung gestellt, sondern als solche unter dem Namen verpackt werden, und mehrere Verordnungen gemacht werden können; 3) daß bei den Budgeten nicht immer der Weg der öffentlichen Mittheilung beobachtet werden, welcher die Anwendung der allerdings nötigen Kanäle nicht ausschließen würde; 4) daß aber gelaßt, darüber hinweggehen zu müssen, weil die gegenwärtigen Budgetverhältnisse auf Beträgen aus einem früheren Zeitabschnitte beruhen.
Der Antrag der Kommission: die Einnahmen der Inventarverordnungen unter den Domänen-Verordnungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden häufig zu überweisen, wird genehmigt und zu den fortlaufenden Ausgaben übergegangen.
Die beantragte Fortsetzung pro 1850 um 1040 Thlr. bei der Domänen-Verwaltung, welche 48,090 Thlr. bei dem Bundesfiskus werden ohne Debatte angenommen.
Die fortlaufenden Ausgaben betragen: mithin nach dem Etat für 1849 1,091,473 Thlr. und nach dem für 1850 1,084,961 Thlr. also weniger 6,512 Thlr.
Die im letzten Etat angegebenen Gründe dieser geringen Differenz bedürfen keiner näheren Erklärung.
Bei den außerordentlichen Ausgaben hat die Kommission pro 1849 die Abweisung einer Summe von 25,000 Thlr. genehmigt, welche bei den Meliorations-Arbeiten am Schwarzwasser und der Waide erspart sind und pro 1850 noch verwendet werden sollen.
Der Abg. v. Bielefeld stellt das Amendement, die Summe zu belassen, sie jedoch nicht zu den Schiffschulden, sondern zu anderen Meliorationen zu verwenden.
Bei der darüber erhobenen Debatte beifolgt sich die Abgeordneten Hartwig, Althausen, von Bodelschwingh, Dierckx, Kette und der Finanz-Minister, weshalb der Antrag auf Schluß angenommen. Das Amendement wird verworfen und der Kommission-Antrag genehmigt wird.
Ihren Schluß-Antrag richtet die Kommission dahin: Die Kammer wolle in dem Etat der Domänen-Verwaltung für das Jahr 1849 die Einnahme mit 3,974,277 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben mit 1,091,473 Thlr., die außerordentlichen Ausgaben aber mit 140,283 Thlr. angesetzt werden, nach Abrechnung von 25,000 Thlr. für den Bundesfiskus bei Bodelschwingh mit 115,283 Thlr., für das Jahr 1850 aber die Einnahme mit 3,925,745 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben, welche auf 1,084,961 Thlr. berechnet waren, nach Abrechnung der für die Verwaltung auszuweisen Summe von 1,040 Thlr. und der vom Bundesfiskus abzugebenden Summe von 48,090 Thlr., zusammen 49,130 Thlr., mit 1,035,831 Thlr., die außerordentlichen Bedürfnisse endlich unverändert mit 37,000 Thlr. als richtig veranlagt anerkennen.
Nachdem die Kammer dem genehmigt und über eine Petition des Grafen v. Kallenberg wegen der Domänen-Kommission und Kabinets-Gesetzgebung übergegangen ist, führt man mit dem Etat der Reichs-Verwaltung fort. Die Einnahme ist für 1849 auf 4,925,606 Thlr., pro 1850 auf 4,921,985 Thlr. angesetzt. Der Budgettrag aber gleichmäßig auf 33,144 Thlr. angenommen, wozu er 1848 noch 109,948 Thlr. betrug. Obwohl der Abg. Wölzinger hier den zweiten Teil seines Amendements motivirt, wird er doch verworfen, da der Abg. Bielefeld bemerkt, daß das Budgetjahr darüber bestimme, und obige Summen werden genehmigt.
Eine Anweisung des Abg. Hartwig über die Budgetverhältnisse zieht ihn die Vernehmung des Reichstages, daß ein gebrauchter Ausdruck „unparlamentarisch“ sei — und die bei Reichstagen-Konferenzen zu „erheben die Beträge des Etats nicht angesetzt zu haben.“
Der Bund zu Gratifikationen und Unterhaltungen der Reichstagen-Mitglieder und Referenten wird von 6740 Thlr. auf 5500 Thlr. ermäßigt. Schließlich richtet die Kommission ihren Antrag dahin: die Kammer

wolle in dem Etat der Reichs-Verwaltung für das Jahr 1849 die Einnahme mit 4,925,606 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben mit 2,457,906 Thlr. und die außerordentlichen Ausgaben mit 125,076 Thlr.; für das Jahr 1850 aber die Einnahmen mit 4,921,985 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben, welche auf 2,471,275 Thlr. berechnet waren, nach Abrechnung von 3,240 Thlr. bei dem Reichstagen-Mitgliedern-Unterhaltungs-Geld, mit 2,468,035 Thlr. und die außerordentlichen Ausgaben mit 20,000 Thlr. als richtig veranlagt anerkennen, was auch genehmigt und soeben zum Etat der Reichs-Verwaltung für Domänen und Forsten übergegangen wird. Ohne Debatte wird beschlossen: Die Einnahmen pro 1849 mit 1783 Thlr., die Ausgaben mit 86,350 Thlr., die Einnahmen pro 1850 mit 1819 Thlr., die Ausgaben mit 85,150 Thlr. anzunehmen.
Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 15. d. Mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Kortierung der heutigen und des Budgets.

Berlin, den 15. Januar. In der Stellung der hiesigen Oppositions-Presse zu den Regierungsvorlagen vom 7. Januar hat eine abermalige Schwärzung stattgefunden. Wir reden hier nicht von den trivialen und verhassten Fälschungen der Demokratie und der Nationalzeitung, welche in der alten Tonart fortgeführt werden; die einzige Waffe dieser Leute ist neben der Verächtlichkeit die Einschüchterung, und wer in seiner frischen aufdauernden Haltung steht, daß er auf die Einschüchterung keine Rücksicht nimmt, hat sie schon besiegt. Wir meinen die neue Umwandlung in der Sprache der Konstitutionellen, der Spenerischen und der Vossischen Zeitung. Die Vossische, welche sich selber mehr indifferent und abwartend verhalten, neigt sich jetzt zu einer offenen Anerkennung der Regierungsvorlagen und bringt heute einen Artikel über die Parie, worin die Nothwendigkeit des Vorhandenseins aristokratischer Elemente in der Landesvertretung nachgewiesen wird.
Die Spenerische und die Conf. Zeitung haben ihre Abschwächungsstatistik plötzlich aufgegeben. Sie erklären jetzt, den Ernst des Augenblicks vollständig zu begreifen, und sprechen unumwunden für eine Vermittelung zwischen dem Ministerium und den Kammen.

Die Angelpunkte der Vermittelung bilden ihnen die geforderte Zusammenfassung der ersten Kammer und ein Zugeständniß der Regierung in Bezug des Art. 108. Wie die Spenerische Zeitung berichtet, hat diese Frage auch den Hauptgegenstand der Verhandlung in den letzten Commissionen-Sitzungen gebildet, und man soll in der Verfassungs-Commission der ersten Kammer bereits spezielle Vorschläge hinsichtlich einer Modifikation des Entwurfs-Bestimmungen besprochen haben. Zugestimmt wird, daß die Minister sich auf keine Erklärungen über die Vermittelungsvorschläge eingelassen haben. Wir konnten von den Männern des November auch nicht Anderes erwarten und hagen das feste Vertrauen, daß sie auch ferner das Vaterland vor den Anfeindungen ihrer Feinde werden, welche aus einem Aufgeben des Artikel 108. ganz unvernünftig hervorgerufen würden.

Die Verfassungs-Commission der zweiten Kammer hat in ihrer Sitzung vom 12ten über die 1. Vorlagen folgende weitere Beschlüsse gefaßt: Art. IX. (66. §. 70, Wahlbezirk nach Stadt und Land) mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Art. X. (Neuer Artikel nach Art. 93, resp. 95, Staatsgerichtshof) mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Art. XI. (95. §. 97, Gerichtliche Verordnungen bei Amtüberreitungen) mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen. Art. XII. (104. §. 105, Vertretung der Gemeinden, Kreise, Bezirke und Provinzen) mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen. Art. XIII. (105. §. 106, Cognition über die Rechtsgültigkeit von Verordnungen) mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die Conf. Correspondenz meldet: Die Finanz-Commission der zweiten Kammer hat durch den Abgeordneten Nibel über den Gegenstand, die Vermittelung einer Jünggarantie des Staats für die Aktien der Aachen-Düsseldorfer und Gladbach-Ruhrorters Eisenbahn-Gesellschaft betreffend, Bericht erstattet und empfiehlt denselben zur Annahme.
Hiesige Blätter berichten: Das Landes-Deconome-Collegium beabsichtigt, im Frühjahr einen Congress der landwirthschaftlichen Vereine Preussens und, wo möglich, auch des übrigen Deutschlands zu veranstalten.
Die General-Commission der 2ten Kammer zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats hat jetzt ihren dritten Bericht ausgegeben. In einem Nachtrage werden die noch rückständigen Erörterungen über den Etat des Staatshaushalts, der Erbschafts- und der öffentlichen Schuld erledigt.

In dem Hofsaal des Friedrich-Vertrauens-Gymnasiums fand vorgestern Mittag eine Versammlung über die deutsche Frage statt, die insbesondere auch zur Verständigung der Unterzeichner der An-

der Tapersten der Unserigen: „Zwei große heilige Ordnungen habe Gott in unendlicher Güte den Menschen auf Erden gegeben, daß sie darin sicher und selig leben möchten — den Staat und die Kirche.“ — Ich weiß, daß ich einmal in einem, von einem sehr berühmten Gelehrten, Herrn Professor Dahlgren, geschriebenen Buche, beisteht: „die Politik“, angeführt worden, daß nur vielleicht noch etwas mehr gehend; dort heißt es: „Der Staat ist unauflöslich — was wohl so viel heißen soll als: Schon ehe Gott den Menschen erschaffen hatte, war „Staat“. In demselben Buche sagt der Verfasser (nachdem er ein Präliminum geschrieben, in dem „die Idee eines Gemeinwesens, in welchem der Staat sein Selbstbewußtsein sucht und dabei über den König hin-ausdrückt“) als eine wissenschaftliche Noth, daß wenn alle Stränge der Gesellschafft reifen, alsdann wunderbarer Weise die Erhaltung des über den König hinausgetretenen „Staats“ sich oftmals an „die alte Treue des Volkes“ für ein angemessenes Haus“ geknüpft habe. Werthwörter! Worin das wohl liegen mag? Die Treue der Gemeinden, wenn sie auch sonst dumme Kerle sind, die von den „über den König hinausgetretenen Staats-Ären“ nichts wissen wollen, ist wohl unter Umständen für die gelehrten Herren ganz gut mitzunehmen? Eintheilung naturae nennt die Chemie, stottert ihrer selbst und weiß nicht was.
Also Staat und Kirche sind heilige Ordnungen Gottes. — Staat?? Wenn das wahr wäre, so müßte der Beweis dafür aus Gottes Wort geführt werden. Wo aber steht in der gesammelten heiligen Schrift alten und neuen Testaments eine Nachweisung darüber, was das für eine heilige Ordnung Gottes sei: Staat? Das Wort ist nicht in der Schrift zu finden. Doch das könnte äußerliche Gründe haben; aber auch die Sache selbst ist nicht da. Mit der Kirche ist es anders. Da wissen wir in Gemäßheit der Schrift, daß es die unauflösliche Kirche gibt und die sichtbare. Die unsichtbare ist die Gemeinde Gottes, wie sie, wenn das Irdische nicht mehr ist, Christus der Herr in eigener Person offenbar macht. Die sichtbare ist das mangelhafte Abbild, die Vorbereitung jener ewigen, in dieser Weltlichkeit unsichtbaren Kirche. Die unsichtbare, vollkommene ist aber kein Ideal. Gott befohl: Sie ist da, in Wahrheit und Beseitigung, eine Schöpfung Gottes. Die Eingangsverträge in dieselbe zum Leben ist der Tod. Dieses und alles, was uns sonst von der Kirche zu wissen Noth thut, ist in der Schrift deutlich ausgesprochen; wie es mit Ordnungen Gottes, so weit sie unser menschliches Thun und Lassen angehen, auch nicht anders sein kann. (Vorst. folgt.)

